

Regierungsratsbeschluss

vom 2. Mai 2005

Nr. 2005/1024

Mittelschulgesetz; Kenntnisnahme vom Vernehmlassungsergebnis

1. Einleitung

Mit Beschluss vom 21. Dezember 2004 (RRB Nr. 2004/2621) wurde das Departement für Bildung und Kultur beauftragt, über den Entwurf zum Mittelschulgesetz ein öffentliches Vernehmlassungsverfahren durchzuführen, dies gleichzeitig mit dem Entwurf zur Revision des Volksschulgesetzes (Reform der Sekundarstufe I). Die Vernehmlassung dauerte bis zum 18. März 2005. Die Vernehmlassung zum Entwurf des Mittelschulgesetzes ist auf grosses Interesse gestossen. Neben den eingeladenen Adressaten haben auch diverse andere Gruppen (insbesondere Fachschaften der Kantonsschulen) sowie Einzelpersonen von der Möglichkeit zur Stellungnahme Gebrauch gemacht. Insgesamt wurden 75 Gruppierungen zur Stellungnahme eingeladen. Davon haben 39 eine Stellungnahme eingereicht. Folgende Vernehmlassungsadressaten der Vernehmlassungsliste gaben eine Stellungnahme ab:

- Christlichdemokratische Volkspartei CVP
- Freisinnig-demokratische Partei FdP
- Sozialdemokratische Partei SP
- Schweiz. Volkspartei SVP
- Grüne Partei GP

- Bürgergemeinden und Waldeigentümer Kanton Solothurn
- SIKO Solothurnische Interkonfessionelle Konferenz
- Solothurner Handelskammer SOHK
- SYNA Die Gewerkschaft
- Swiss Engineering, Sektionen Solothurn und Olten
- Frauengruppe der FdP des Kantons Solothurn
- Staatspersonalverband des Kantons Solothurn
- Verband Lehrerinnen und Lehrer Solothurn LSO
- Solothurner Kantonsschullehrerverband SKLV
- Solothurner Kantonalverband für Lehrkräfte an Berusschulen SKLB
- SBVS Schweiz. Berufsverband der Sozialpädagoginnen
- Verein Pro-Gymnasium
- Regionalverein Olten-Gösgen-Gäu
- Verein Region Thal
- Regionalplanungsgruppe im Raum Grenchen + Büren
- Solothurnischer Anwaltsverband
- Verband der Gemeindebeamten des Kantons Solothurn
- Forum Regio Plus

- Mittelschulkonferenz
- Schulleitung Kantonsschule Solothurn
- Schulleitung Kantonsschule Olten
- BBZ Olten
- BBZ Solothurn–Grenchen

- Maturitätskommission Solothurn
- Maturitätskommission Olten
- Regional–Schulkommission Solothurn Lebern
- Regional–Schulkommission Wasseramt Ost
- Regional–Schulkommission Wasseramt West
- Regional–Schulkommission Thal (zwei Stellungnahmen)
- Regional–Schulkommission Olten
- Regional–Schulkommission Dorneck
- Regional–Schulkommission Thierstein
- Verwaltungsinterne Gleichstellungskommission

Zusätzlich haben sich 93 weitere Gruppierungen bzw. Einzelpersonen an der Vernehmlassung beteiligt, die alle erfasst wurden. Details dazu sind in der Beilage 'Antworten zum Fragebogen' zu entnehmen. Gesamthaft sind 132 Stellungnahmen eingegangen.

2. Ergebnis der Vernehmlassung

Viele Stellungnahmen zum Entwurf wurden offensichtlich von der Vernehmlassung zur Reform der Sekundarstufe I mit beeinflusst. So wurde zwar die zeitgemässe und offene Formulierung des Mittelschulgesetzes zum grossen Teil begrüsst, die Abschaffung der heutigen Untergymnasien (als Teil der Reform der Sekundarstufe I) jedoch von Vielen abgelehnt. Die Führung progymnasialer Lehrgänge an den beiden Kantonsschulen solle mit dem Gesetz vorgegeben werden und nicht von der Regierung festgelegt werden können. Ausserdem solle die Dauer der gymnasialen Maturitätsausbildung bereits im Gesetz und nicht erst in der Verordnung festgeschrieben werden. Klar abgelehnt wurde fast durchwegs die Möglichkeit der Zulassungsbeschränkung durch den Regierungsrat.

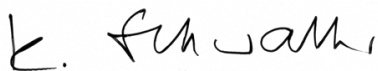
Die Neuregelung der Mitfinanzierung des progymnasialen und gymnasialen Unterrichts während der obligatorischen Schulzeit (bis und mit 9. Schuljahr) wurde von Vielen kritisch beurteilt. Dies solle im Rahmen der Aufgabenreform zwischen Kanton und Gemeinden diskutiert werden. Ausserdem dürfe sich daraus keine Behinderung des Mittelschulzugangs ergeben.

Das Ergebnis der Vernehmlassung ist in der Beilage detailliert dargestellt.

3. Beschluss

- 3.1 Von den Ergebnissen des Vernehmlassungsverfahrens zum Entwurf des Mittelschulgesetzes wird Kenntnis genommen.
- 3.2 Den Vernehmlassern und Vernehmlasserinnen wird für ihre Eingabe und ihre Mitarbeit gedankt.

- 3.3 Das Departement für Bildung und Kultur wird beauftragt, gestützt auf die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens einen bereinigten Entwurf vorzulegen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Schwaller', written in a cursive style.

Dr. Konrad Schwaller

Staatsschreiber

Beilagen

Vernehmlassungsergebnis

Verteiler

Departement für Bildung und Kultur (8), Gl, AV, DK, PSt, DA, em, MM, bz

Departemente (5)

Amt für Mittel- und Hochschulen (20)

Amt für Volksschule und Kindergarten (3)

Vernehmlassungsteilnehmer (132, Versand durch Amt für Mittel- und Hochschulen)